

© Foto by OnlineReports.ch



"Teil der heutigen Arbeitskultur": Befürworter des Funkantennen-Gegenvorschlags

"Antennen-Initiative birgt ein ernsthaftes Problem für Basel"

Überparteiliches Komitee kämpft gegen "widersprüchliche Initiative gegen Mobilfunk-Antennen" und für Gegenvorschlag

Von PETER KNECHTLI

Ein politisch breit abgestütztes Komitee tritt in Basel gegen die Handyantennen-Initiative und für die Annahme des Gegenvorschlags an. Der Tenor: Die Behauptung gesundheitlicher Schädigung sei wissenschaftlich nicht bewiesen und der Gegenvorschlag sei die vernünftige Lösung, um Schaden von der Stadt abzuwenden.

Keine Frage: Wird in Basel das Gesuch um Errichtung einer Mobilfunk-Antenne publiziert, hagelt es sogleich Einsprachen. Die Angst vor den unbekanntem Folgen der Strahlenbelastung war auch ein Motiv für die EVP, eine unformulierte Gesetzes-Initiative zu lancieren, die den "Wildwuchs" der Mobilfunk-Antennen auf öffentlichen Gebäuden des Kantons Basel-Stadt einschränken und durch eine Konzentration der Standorte eine kontrollierte Entwicklung erreichen will.

Breite Lobby für Gegenvorschlag

Diese Initiative war Regierung und Parlament zu radikal, so dass der Basler Grosse Rat einen Gegenvorschlag entwarf, der am 13. Juni zusammen mit der Initiative zur Abstimmung kommt. Dieser Gegenvorschlag erhält jetzt eine Lobby: Heute Montag präsentierte ein "überparteiliches Komitee gegen die widersprüchliche Mobilfunk-Initiative" sein Argumentarium. Dem Komitee gehören Mitglieder aus einem breiten Parteienspektrum von rechts bis links an – Ausnahmen bilden die EVP und das Grüne Bündnis. Für den Gegenvorschlag traten folgende Grossräte auf (Bild, von rechts): Christian Egeler (FDP), Aeneas Wanner (GLP), Brigitte Heilbronner (SP), Heiner

Vischer (LDP), Balz Herter (CVP), Toni Casagrande und Bruno Jagher (SVP).

Wird die Initiative angenommen, "dann bekommt der Wirtschaftsstandort Basel ein ernsthaftes Problem", sagte Heiner Vischer: "Die Besucher erwarten von Basel eine gute Mobilfunk-Versorgung. Die mobile Telekommunikation ist aus der heutigen Welt nicht mehr wegzudenken." Herzpatienten könnten dank Mobilkommunikation mehr Freiheit geniessen, Rettungsdienste könnten "schneller und effizienter aufgeboden" werden. Ebenso seien extern arbeitende Gewerbetreibende auf Mobilkommunikation angewiesen – etwa durch den Versand von Bildern zur Beurteilung fachlicher Probleme. Eine unvollständige Versorgung können dazu führen, dass ein Handy-User an der Landesgrenze plötzlich in den teuren "Roaming"-Bereich ausländischer Netze falle. Ausserdem steige bei schlechtem Empfang die Strahlung am Ohr.

Verständnis für Sorgen der Bevölkerung

Das Komitee drückte mehrfach Verständnis für gesundheitliche Sorgen der Bevölkerung aus ("im Grundziel einig, aber im Ansatz nicht"), doch die Initiative schiesse genau an diesem Ziel vorbei. Das Volksbegehren fordert die Reduktion der Antennen auf das absolute Minimum und somit auf wenige Standorte mit relativ hoher Strahlung, statt – wie es der Gegenvorschlag gesetzlich verlangt – auf viele Standorte mit geringer und damit gleichmässig über die Stadt verteilter Strahlung. Heutiger Stand für Basel-Stadt: Total 449 Standorte. Davon liegen 140 Standorte auf staatlichen Gebäuden, die sich wegen ihrer überdurchschnittlichen Höhe gut für Mobilfunk-Antennen eignen.

Das Konzept der Initiative führe einerseits für die Anrainer der Antennenstandplätze zu einer "erhöhten Belastung" und andererseits "bis hin zu einem Funkloch" an bestimmten Stellen der Stadt. Schon heute könnten zehn Prozent der täglich eine Million Handy-Verbindungen in Basel "wegen Engpässen nicht mehr oder nicht störungsfrei durchgeführt werden" (Vischer). Für die künftigen mobilen Anwendungen – Internet, Fernsehen, Filme – nehme "der Bedarf an zusätzlichen Datenmengen rasant zu".

Schaden wissenschaftlich "nicht nachgewiesen"

Das Komitee machte geltend, dass der Kanton durch die entsprechende Preispolitik – Betreiberfirmen müssen den Standort zu jährlichen Kosten zwischen 3'000 und 8'000 Franken mieten – den Bau schwach strahlender Antennen fördern werde. Ohnehin müsse jede Anlage – ob auf staatlichem oder privatem Standort – die ohne strengen Grenzwerte der Verordnung zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) einhalten.

Die "grosse Skepsis in der Bevölkerung" sei "nicht zu unterschätzen", sagte die Tierärztin Brigitte Heilbronner. Die Sozialdemokratin wehrte sich aber vehement gegen die Meinung der Initianten, Antennenstrahlung beeinflusse die Elektrosensibilität ("keine wissenschaftlichen Nachweise") und verändere die menschlichen Gene ("Zellen können sich reparieren"). "Am bedenklichsten" findet sie den Vergleich der Strahlung mit dem 1990 in der Schweiz verbotenen Asbest. Mobilfunk werde weltweit wissenschaftlich begleitet, bei den strengen Grenzwerten bestehe hierzulande "keine Gefahr".

Auch Handy und WLAN strahlen

Das Komitee zur Unterstützung des Gegenvorschlags wies schliesslich auch darauf hin, dass Mobilfunk-Antennen nur ein Drittel zur Gesamtstrahlung beitragen, die weiteren Drittel verteilen sich auf den Handy-Gebrauch sowie auf WLAN-Anwendung oder die Verwendung von schnurlosen Telefonen. Mit einem Budget von 40'000 Franken ist die Gegenvorschlags-Lobby so

einem Budget von 40 000 Franken ist die Gegenvorschlags-Lobby, so Vischer, "gut gerüstet, um in diesen Kampf zu ziehen".

17. Mai 2010

Weiterführende Links:

- Protest gegen das "Strahlenmeer im Wohnquartier"
- Mobilfunk: Wildwuchs-Initiative steht
- Widerstand gegen Mobilfunk-Antenne im Wohngebiet
- Opposition gegen Mobilfunk-Antenne in geschütztem Haus
- Einsprache gegen Natel-Antenne abgelehnt
- Mobilfunk-Antennen: Grüne wollen 10-Jahre-Moratorium
- EVP zieht Mobilfunk-Initiative nicht zurück
- Antennen-Streit: Sunrise zieht 86-Jährigen vor Gericht
- Halb Bretzwil erhebt Einsprache gegen UMTS-Antenne

 Ihre Meinung zu diesem Artikel

(Mails ohne kompletten Absender werden nicht bearbeitet)

 [Leserbrief-Regeln](#)